

[Diese Seite drucken](#)[Bilder ein-/ausblenden](#)[Startseite](#) [Lokales \(Mindelheim\)](#) [Was Mindelheimer Schüler von Europa erwarten](#)

29. November 2016 04:27 Uhr

MZ-DISKUSSION IN MINDELHEIM

# Was Mindelheimer Schüler von Europa erwarten

**Schüler aus Mindelheim tauschen sich mit dem Europa-Abgeordneten Markus Ferber und Bürgermeister Stephan Winter über die EU aus. Was sie besonders bewegt.** *Von Anika Zidar*



Fotos

Mit kritischen Fragen und pointierten Meinungen brachten sich die gut 120 Schüler der Berufsschule und des Maristenkollegs in die Diskussion ein. Fast immer erhielten sie auch konkrete Antworten.

Foto: Anika Zidar

Wie sehr darf die EU in unseren Lebensalltag eingreifen? Welche Themen sollten europaweit und welche auf nationaler oder gar regionaler Ebene geregelt werden? Bietet die Mitgliedschaft Vorteile – oder nur Pflichten für die Länder? Nicht nur hochrangige Politiker, auch immer mehr Bürger setzen sich kritisch mit der Europäischen Union und deren Zukunft auseinander. In der Mindelheimer Berufsschule haben sich in einer Podiums- und Publikumsdiskussion der

Mindelheimer Zeitung in Kooperation mit dem Verein „Bürger Europas“ beide Seiten ausgetauscht. Gut 120 Schüler richteten sich mit ihren Fragen, Meinungen und Zweifeln an den Europa-Abgeordneten Markus Ferber und den Mindelheimer Bürgermeister Stephan Winter. Moderiert wurde die Veranstaltung von MZ-Redakteurin Melanie Lippl und Peter Wolf vom Verein „Bürger Europas“.

Nach kurzen Statements der CSU-Politiker verließ ein Schüler seinen Zweifeln an Europa mit einer Frage Ausdruck, die in Bayern viele umtreibt: „Läuft es darauf hinaus, dass Europa ein Gesamtstaat wird und wir alle von Brüssel aus regiert werden?“ Dieser Perspektive für Europas Zukunft erteilte Ferber eine klare Absage: „Ich will das nicht. In so einem Fall müsste die EU als staatliches Konstrukt alle Fragen des Zusammenlebens aus sich heraus lösen. Dieses Konstrukt gibt es nicht und es kommt nicht.“ In Deutschland sei das föderale System, in dem jedes Bundesland auch eigene Verantwortlichkeiten hat, ein Garant für gute Ergebnisse durch Wettbewerb, so der Abgeordnete. „Wir werden in Europa weiterhin als unabhängige Staaten in vielen Feldern zusammenarbeiten. Einen gesamteuropäischen Staat werden wir aber nie haben.“

### **Bürgermeister wünscht sich mehr Freiheiten für kleinere Ebenen**

Aus seiner kommunalpolitischen Erfahrung ergänzte Bürgermeister Winter, dass es Kompetenzkonflikte nicht nur mit der EU gebe. „Diese Auseinandersetzungen haben wir genauso zwischen Städten, Landkreisen und Gemeinden.“ Im besten Fall gelte das Subsidiaritätsprinzip, erklärt Winter: „Solange eine untere Ebene für eine Verantwortlichkeit aufkommen kann, braucht dieses Gebiet nicht die höhere Ebene übernehmen.“ In Bezug auf manche Verordnungen aus Brüssel vermisse er dieses Prinzip: „Ich würde mir manchmal mehr Freiheiten für die kleineren Ebenen wünschen.“ Mit Blick auf finanzielle Aspekte betonte der Mindelheimer Bürgermeister: „Wir beschweren uns oft, dass wir viele Gelder an die EU bezahlen. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass Brüssel auch viele Projekte bei uns in der Region fördert.“ Gerade das kulturelle Leben, die Landwirtschaft und der Hochwasserschutz im Unterallgäu hätten davon profitiert.

Ein Landwirtschaftsschüler erhob entschlossen Einspruch und hinterfragte: „Die Landwirtschaft ist nicht mehr das, was sie war. Brauchen wir Höfe mit 300 bis 500 Kühen wirklich? Warum müssen wir aus europäischen Ländern Milch kaufen, wenn wir selbst genügend liefern können?“ Die wirtschaftlichen Zusammenhänge erklärte dem Schüler Stephan Winter: „Den freien europäischen Handel müssen wir akzeptieren. Der Markt ist dabei die Grundlage, auf der Entscheidungen getroffen werden. Und betriebswirtschaftlich ergeben sich mit größeren Betrieben Wettbewerbsvorteile.“

Die Frage nach einer europäischen Flüchtlingspolitik stellte sich eine Berufsschülerin: „Wie soll es denn langfristig weitergehen? Werden die Flüchtlinge auch mal gerecht auf die EU verteilt?“ Klare Regeln habe es gegeben, antwortet Markus Ferber. „Mit der großen Flüchtlingswelle haben sie nicht mehr funktioniert

und müssen deshalb geändert werden.“ Weil die EU kein Bundesstaat, sondern eine lose Staatengemeinschaft ist, müssen die Länder neue Regeln einstimmig verabschieden. „Mit 28 Staaten einen Konsens zu finden, ist schwierig. Gönnen Sie uns bitte noch die Zeit“, bat er.

### **Jedes Land hat andere Bedürfnisse**

Einen angehenden Tourismus-Kaufmann beschäftigten dagegen der Brexit. Er fragte Markus Ferber ganz direkt: „Was wollen Sie denn konkret tun, damit so etwas nicht noch einmal passiert? Sollte man den Staaten nicht helfen, damit sie sich in der EU wieder wohler fühlen?“ Doch genau in dieser Frage läge der Kern des Problems, meint Ferber und stellt die Gegenfrage: „Haben denn alle Mitgliedsstaaten dieselben Probleme?“ Nein, sagt er lapidar, hätten sie nicht. Mit unserer deutschen Sicht auf die EU hätten wir vor allem die Einhaltung des Stabilitätspaktes im Sinn. „Aber kann man deswegen alle anderen Länder zum Sparen verpflichten?“ Auch in der Flüchtlingsfrage müsse immer die Vielfalt der Perspektiven bedacht werden, sagt Ferber: „Andere EU-Staaten fragen sich: Warum sollen wir ein Problem lösen, das ein Land verursacht hat?“ Diese sei die europäische Sichtweise auf Deutschlands Engagement. Auch die Idee des deutschen Sozialsystems sei nicht so einfach anderswo anzuwenden. „Wir denken oft, unsere Lösung sei die universale. Wären wir alle in verschiedenen Ländern geboren, hätten wir andere Meinungen.“

Allgemein komme jedes Land mit seinen eigenen Bedürfnissen auf die EU zu, sagt Ferber. „Natürlich kann man in Brüssel um Hilfe bitten. Aber die EU kann nur Voraussetzungen schaffen. Dafür, dass die Hilfe auch ankommt, sind Staaten selbst verantwortlich.“ Und nicht immer muss die Unterstützung für europäische Nachbarn von der EU organisiert werden, findet Winter: „Solidarität untereinander muss nicht immer Solidarität von oben bedeuten.“ Auch auf kommunaler Ebene bestünden bereits Partnerschaften, sagt Winter und verweist auf die Kooperation in der Ausbildung spanischer Schüler in Mindelheim. „So wie ein Bruder seiner Schwester helfen kann, ohne gleich den Vater zu rufen – so engagieren wir uns, um unseren Partnerstädten zu helfen.“

Bei aller Kritik an den Prozessen, die in der EU nicht gut funktionieren, dürften wir nicht vergessen, wie Europa den Alltag bereichert, sagt Winter: „Die Vorteile wie offene Grenzen und freie Märkte will jeder haben. Aber dann muss er auch seinen Pflichten nachkommen.“ Auf dem Weg zu Kompromissen müsse man untereinander immer im Austausch bleiben, sagte Ferber. „Egal, wie sympathisch man sich zwischenzeitlich ist: Die Länder bleiben in Kontakt und bemühen sich um Einigung. Genauso wie in einer Familie gilt: Verstoßen wird aus der Gemeinschaft niemand.“